

# Fall Gazale: Landkreis wehrt sich

**Kreis Hildesheim** (abu). Landrat Reiner Wegner prüft rechtliche Schritte gegen Kai Weber vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat, will zudem mit seiner SPD-Parteifreundin, der Landtagsabgeordneten Jutta Rübke, das Gespräch suchen. Das erklärte Kreis-Pressesprecher Hans-Albert Lönneker gestern auf Anfrage dieser Zeitung. Persönlich wollte sich Wegner allerdings nicht zu der Demonstration für die Rückkehr der ausgewiesenen Gazale Salame und den dort gegen ihn erhobenen Vorwürfen äußern.

Weber hatte von „völkisch-rassistischer Argumentation“ und „Vertreibungspolitik“ gesprochen. Rübke hatte den Landrat aufgefordert, an seine „sozialdemokratischen Wurzeln“ zu denken, und an ihn als „Menschen, der auch eine Familie hat“, appelliert.

Lönneker betonte, aus Sicht des Landkreises sei die Entscheidung über die Rückkehr von Gazale Salame keine politische, sondern eine juristische Frage. Damit widersprach er auch Superintendent Helmut Aßmann. „Auch das Landes-Innenministerium erweckt immer den Eindruck, als habe der Landkreis und damit Wegner Handlungsspielraum.“

Das stimme aber nicht. „Wir sind nachgeordnete Behörde, eine sogenannte politische Entscheidung könnte also nur in Hannover fallen. Wegner sei als Chef der Kreisverwaltung an geltendes Recht und aktuelle Urteile gebunden. „Es geht nicht darum, was der Landkreis will“, versichert Lönneker.

Nachdem der Fall nun erneut vor Gericht erörtert werden soll, habe die Behörde die Akten angefordert und werde die Situation wiederum prüfen.